

## **Leitantrag zu Europa**

Der dbb

- spricht sich dafür aus, an der europäischen Zusammenarbeit und der Methode der Integration festzuhalten. Er unterstützt die Bundesregierung in ihren Bemühungen um die Stabilisierung der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion. Dies schließt weitere sinn- und maßvolle Schritte zu deren Vertiefung ein.
- lehnt Erweiterungen der EU ab, solange die Union nicht deutlich stabilisiert und das Verhältnis zwischen EU und Eurozone geklärt ist. Assoziierungen können in der Zwischenzeit stabilisierend auf heutige und künftige Beitrittskandidaten wirken.
- erachtet eine klarere europäische Kompetenzordnung im Sinne von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit für dringlich. Die EU muss sich auf große gemeinsame Aufgaben konzentrieren, die Europas Sicherheit und Handlungsfähigkeit in der Welt gewährleisten und Überregulierung durch den europäischen Gesetzgeber vermeiden.
- betont die besondere Stellung des öffentlichen Dienstrechts gegenüber dem europäischen Recht im Sinne getrennter, eigenständiger Systeme, zwischen denen es zu keiner Normenkollision kommen darf. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zählen zum Kernbestand staatlicher Identität und Souveränität.
- verteidigt, unbeschadet der europäischen Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zur Verwirklichung der Freizügigkeit, die nationale Zuständigkeit für deren Finanzierung, Organisation und Verwaltung.
- fordert, Lösungen für die Überwindung der sozialen Spaltung in Europa zu suchen, und spricht sich für solidarische Mechanismen auf europäischer Ebene mit dem Ziel sozialer Aufwärtskonvergenz in der EU und besonders der Eurozone aus.
- fordert die Bundesregierung auf, einen transparenten demokratischen Prozess zu organisieren, um das Weißbuch zur Zukunft Europas breit mit Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu diskutieren.
- befürwortet eine stärkere Zusammenarbeit der nationalen Verwaltungen.

- setzt sich bei der Bundesregierung, den Ländern und den kommunalen Arbeitgebern für mehr Mobilität zwischen nationalen, europäischen und internationalen Verwendungen für die Beschäftigten aller Verwaltungsebenen ein.
- unterstützt weiterhin die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) auf ihrem Weg als europäischer Sozialpartner und befürwortet deren Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und seinen Branchenzusammenschlüssen insbesondere im europäischen sozialen Dialog bei voller Wahrung der Eigenständigkeit der CESI.
- unterstützt den europäischen sozialen Dialog und Vereinbarungen der Sozialpartner auf europäischer Ebene, wo gemeinsame Interessen und die Kompetenzordnung dies erlauben.
- fordert als Spitzenorganisation für den öffentlichen Dienst in Deutschland informiert und angehört zu werden, wenn ein neuer Konvent/eine neue Regierungskonferenz die Europäischen Verträge revidiert.